

## Schweiz

# Der Bundesrat schickt die chancenlose Steuerreform ans Parlament

Finanzminister Hans-Rudolf Merz wirbt nochmals für den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer.

## Markus Brotschi

Fast seit Beginn seiner Amtszeit verfolgt Finanzminister Hans-Rudolf Merz sein Prestigeprojekt der radikal vereinfachten Mehrwertsteuer. Nach fünfjähriger Vorarbeit und einer von der nationalrätlichen Wirtschaftskommission verordneten Zusatzrunde hat der Bundesrat die Reform nun an die Räte geschickt. Merz warb gestern erneut für den Einheitssatz, der die Wirtschaft massiv entlastet. Langfristig sei mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 0,3 bis 0,8 Prozent zu rechnen. Die heutigen drei Steuersätze (7,6 - 3,6 - 2,4 Prozent) sollen durch den Einheitssatz von 6,2 Prozent ersetzt werden. Mit der IV-Zusatzfinanzierung beträgt der Satz 6,5 Prozent. Gleichzeitig entfallen viele Ausnahmen wie die Steuerbefreiung der Krankenpflege. Verzerrungen werden abgeschafft. So untersteht heute ein Aerobic-Kurs der Steuer, ein Skikurs nicht. Mit der Reform werden für beide Kurse 6,2 Prozent fällig. Fast alle Branchen werden neu gleichbehandelt: Die Pizza vom Take-away-Stand wird nicht mehr zum Sondersatz für den Grundbedarf besteuert, während die Pizza im Restaurant zum Normalsatz verkauft wird.

Doch so gut die Reform auch tönt, sie ist politisch chancenlos. Denn der Einheitssatz hat seinen Preis. So würde der reduzierte Satz von 2,4 Prozent für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke mehr als verdoppelt. Die Besteuerung des Gesundheitswesens würde eine Prämienhöhung von 3,1 Prozent auslösen. Die Linke, Gewerkschaften, Konsumentenschutz, Migros und Coop sagten dem Einheitssatz frühzeitig den Kampf an.

## «Eine Totgeburt»

Mit Ausnahme von Merz' FDP reagieren die Parteien verärgert: Es sei längst klar, dass der Einheitssatz keine Chance habe. Dass der Bundesrat daran festhält, obwohl das Projekt in der Vernehmlassung zerzaust wurde, sei unbegreiflich, sagt SVP-Generalsekretär Martin Baltisser. «Der Bundesrat will mit dem Kopf durch die Wand. Es geht doch nicht, dass Nahrungsmittel verteuert und Luxusgüter entlastet werden.» Die CVP wäre für eine Zwei-Satz-Steuer zu haben gewesen, bei dem der Grundbedarf weiter tiefer besteuert würde. Für CVP-Wirtschaftspolitiker Pirmin Bischof ist der Einheitssatz «eine Totgeburt». «Ich kann meinen Wählern nicht erklären, wieso bei all den Prämienhöhungen das Gesundheitswesen noch mit der Mehrwertsteuer belastet wird.» Mit einem ersten Teil von Merz' Mehrwertsteuerreform seien die Unternehmen administrativ entlastet worden. Der Solothurner Nationalrat sieht keinen weiteren Handlungsbedarf. «Die Schweiz hat schon den tiefsten Satz in Europa.»



Hans-Rudolf Merz gestern in Bern. War der bundesrätliche Beschluss sein Abschiedsgeschenk? Foto: Pascal Lauener (Reuters)

Erfreut über die «Standfestigkeit» des Bundesrates ist der Wirtschaftsverband Economiesuisse. Die heutige Steuer sei ein «Bürokratiemonster», das jährlich Hunderte Millionen verschlinge. Auch der Gewerbeverband (SGV) plädiert für den Einheitssatz, obwohl die Hotellerie ihren Sondersatz von 3,6 Prozent verlore. Allerdings stellt der SGV Bedingungen, die den Einheitssatz nicht mehrheitsfähig machen. Das Bildungswesen dürfe weiterhin nicht besteuert werden, da sonst die Weiterbildungskosten des Gewerbes erhöht würden. Zudem wehrt sich der SGV gegen den sozialpolitischen Ausgleich, mit dem der Bundesrat die Mehrbelastung für Familien und Rentner ausgleichen will. Vorgesehen sind dafür 0,1 Steuerprozent (355 Millionen), die die Kantone an die Haushalte zurückerstatten müssen.

Doch dazu dürfte es kaum kommen. Angesichts des Widerstands droht dem Einheitssatz im Parlament das Aus. Dass der Bundesrat am Einheitssatz festhält, könnte als «Abschiedsgeschenk» für Merz gewertet werden. Denn tritt er noch vor Ablauf seiner Amtszeit, Ende 2011, zurück, wird der Nachfolger das Scheitern zur Kenntnis nehmen. Merz jedoch kann von sich sagen, er habe bis zuletzt für eine wirtschafts- und ordnungspolitisch gute Reform gekämpft.

## Abbaupläne

### Die Liste der Sparopfer bleibt lang

Trotz der erfreulichen Haushaltslage will der Bundesrat an seinem Sparprogramm festhalten.

## David Vonplon

Auf 2,5 bis 4 Milliarden Franken veranschlagte der Bund letzten Sommer, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, den Sparbedarf für die Jahre 2011 bis 2014. Entsprechend rigoros fielen dann die Einschnitte aus, die der Bund präsentierte. Schwach befahrene Postautolinien fanden sich ebenso unter den 50 Sparopfern wie das Nationalgestüt in Avenches, die Auslandsschweizer-Plattform Swisinfo, die Botschaften und die Imageorganisation Präsenz Schweiz.

Doch nun, der günstigeren konjunkturellen Grosswetterlage sei Dank, ist der Spardruck etwas kleiner geworden: Finanzminister Hans-Rudolf Merz rechnet für das Haushaltsjahr 2011 «nur» noch mit einem Defizit von 600 Millionen Franken. Vor einem Jahr war er noch von einem deutlich höheren Fehl-

betrag ausgegangen. Dank der guten Prognosen kann Merz mit der Umsetzung des Sparprogramms noch ein Jahr zuwarten. Das Parlament erhält damit Zeit, um eine fundierte Beratung der einzelnen Sparaufträge an die Hand zu nehmen, statt die Debatte im Dringlichkeitsverfahren führen zu müssen.

Trotz der komfortablen Haushaltslage sieht der Bundesrat aber nicht vom Sanierungskonzept ab. «Es braucht die Sparprogramme, um die Schuldenbremse einzuhalten», erklärte der Finanzminister. Einige umstrittene Streichübungen hat er jedoch fallen gelassen: So verzichtet er ganz auf die Kürzung bei der Denkmalpflege, gegen die der Heimatschutz Sturm gelaufen war. Auch den Anliegen der Bauern trägt der Bundesrat Rechnung: Nach heftiger Kritik vonseiten der Kantone und Bauernverbände sieht er auch von der Kürzung bei der Absatzförderung ab, mit welcher die Landwirtschaft für ihre Produkte im In- und Ausland wirbt. Zumindest teilweise kompensieren will der Bund diese Massnahme, indem er den Sparauftrag bei den Direktzahlungen erhöht. Schliess-

lich kommt der Bund auch den Tier- und Viehzüchtern entgegen.

Es dürften dies aber nicht die einzigen Massnahmen sein, die der Bundesrat zurücknehmen muss. In der Vernehmlassung stiessen die Sparpläne auf breiten Widerstand. So auch der Vorschlag, dass schlecht ausgelastete Verkehrslinien nur noch dann Geld erhalten sollen, wenn sie von mindestens 100 Personen pro Tag genutzt werden. Die Kantone beschuldigen den Bund, die Sanierung seines Haushalts auf ihrem Rücken auszutragen. Denn sie sind es, die in die Bresche springen müssten, um die insgesamt 160 bedrohten Bahn- und Buslinien in Berggebieten vor der Schliessung zu retten.

Gestern zeigte Bundesrat Merz keine Kompromissbereitschaft. Spätestens wenn die Gesetzesänderung ins Parlament kommt, könnte sich dies jedoch ändern: Auch bei den Parteien formiert sich eine breite Abwehrfront. Nicht nur die Linke, auch die CVP macht mobil. Die Einsparungen stünden in keinem Verhältnis zum drohenden Schaden, befand die Partei. Der Bundesrat dürfte daher mit dieser Sparmassnahme kaum durchkommen.

Anzeige

## Erfrischende Angebote. Nur im Sunrise center oder auf sunrise.ch



1.-  
CHF  
statt CHF 548.-  
ohne Abo

### Samsung S8500

24 Monate mit Sunrise flat basic surf

– Exkl. SIM-Karte CHF 40.-  
– 5,0-Megapixel-Kamera  
– 3,3" 16 Mio., SUPER AMOLED Touchscreen



1.-  
CHF  
statt CHF 398.-  
ohne Abo

### Samsung S8000

12 Monate mit Sunrise mini surf

– Exkl. SIM-Karte CHF 40.-  
– 5,0-Megapixel-Kamera  
– 3,1" 16 Mio., AMOLED Touchscreen

Inklusive 1 Jahr  
Gratis-SMS/MMS.

Ganz einfach. Bis 31. Juli 2010 anmelden und profitieren.\* Infos und Anmeldung auf [sunrise.ch/sms](http://sunrise.ch/sms)

Das Angebot gilt bei Neuabschluss, wobei die Abogebühr mit Handy mit Sunrise mini surf CHF 20.-/Mt. und mit Sunrise flat basic surf CHF 35.-/Mt. beträgt. Änderungen vorbehalten. Solange Vorrat.  
\* Bis 31. Juli 2010 bekommen Sie beim Neuabschluss eines Sunrise flat surf Mobilabos die ersten 12 Monatsgebühren (CHF 19.-/Mt., entspricht 1000 SMS oder MMS pro Monat) der Zusatzoption Sunrise message geschenkt.